Nr. 46. — 4. Jahrgang. Sonnabend, 23. Februar 1884.

Chemnitzer Anzeiger und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt

für Chemnitz und die Vororte: Altchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

Abonnement: vierteljährl. 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.) nehmen entgegen die Verlagsexpedition und die Ausgabestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und obigen Vororten, sowie sämmtliche Postanstalten. (Postzeitungs-Preisverzeichniß für 1884 Nr. 1059.

Insertionspreis: die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pf. — (Lokal-Anzeigen 10 Pf.) — Unter Eingesandt pro Zeile 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Annahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittag.

Verlags-Expedition: **Alexander Wiede**, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

1. Carl Hermann Clauß, geboren am 12. Oktober 1859 in Waldheim, zuletzt ebenda,
2. der Schneider Franz Robert Arnold, geboren am 21. Dezember 1860 in Weißbach, zuletzt in Zschopau,
3. Ferdinand Clemens Liebig, geboren den 16. Januar 1860 in Altleisnig, zuletzt in Chemnitz,
4. der Kaufmann und Papiermachergehülfe Carl Hermann Brückner, geboren den 15. Februar 1860 in Scheibenberg, zuletzt in Chemnitz,
5. der Bergarbeiter Bernhard Oskar Hempel genannt Weber, geboren den 14. Februar 1860 in Geyer, zuletzt in Lugau bei Stollberg,
6. Ernst Adolph Gutmann, geboren den 28. August 1860 in Thum, zuletzt in Chemnitz,
7. der Weber Emil Hermann Mothes, geboren den 3. August 1861 in Glauchau, zuletzt in Chemnitz

aufhältlich, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte sich zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des R.-Str.-G.-B.

Dieselben werden auf

den 27. März 1884 Nachmittags 3 Uhr

vor die I. Strafkammer des Königlichen Landgerichts Chemnitz, Justizgebäude, Kaßberg, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den Königlichen Amtshauptmannschaften zu Chemnitz, Flöha, Döbeln, Annaberg, bez. Glauchau über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.

Chemnitz, am 18. Februar 1884.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Knaebel. Vgr.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Polizeiamt ist im Besitz der Adreßbücher folgender Städte: Aachen mit Burtscheid, Düren, Eschweiler, Stolberg und Eupen, Annaberg, Apolda, Barmen, Berlin mit Charlottenburg, Borbagen-Rummelsburg, Friedenau, Friedrichsberg, Lichtenberg, Wilhelmsberg, Groß-Lichterfelde, Pankow, Plötzensee, Rixdorf, Schöneberg und Tempelhof, Bautzen, Buchholz, Breslau, Bromberg und Umgegend, Darmstadt mit Bessungen, Dresden, Duisburg, Erfurt, Essen, Frankfurt a. O., Freiberg mit Freibergsdorf und Friedeburg, Freiburg i. Br., Fürth, Gera, Glauchau, Gotha, Halle mit Giebichenstein, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Kiel mit Gaarden und Ellerbeck, Leipzig, Liegnitz, Lübeck, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Plauen i. V., Posen, Rostock, Schwerin, Osnabrück, Stuttgart, Weimar, Wiesbaden, Würzburg, Zwickau.

Diese Bücher sind etwaigen Interessenten in der Weise zugänglich, daß deren Einsicht während der gewöhnlichen Expeditionsstunden im Rathhaus, Parterre, Mittelbau, Zimmer Nr. 11, gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Pf. erfolgen kann.

Chemnitz, am 20. Februar 1884.

Das Polizeiamt.
Siebdrat. Fsch.

Tageschronik.

23. Februar.

1660. Karl X. von Schweden gest.
1677. Spinoza gest.
1685. Händel geb.
1829. Die Russen verbrennen die türk. Flotte auf der Donau.
1842. Carl Rob. Eduard v. Hartmann („Die Philosophie des Unbewußten") geb.
1870. Große Feuersbrunst zu Galveston.
1873. Thomas Barklay, Sprachforscher, gest.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 21. Februar.

München. Die Kammer der Reichsräthe verwies den Antrag Keßler betreffend die Beschränkung der Verehelichungsfreiheit an einen Ausschuß, lehnte den Antrag Soden betreffend größere Vertretung der Landwirthe im Eisenbahnrath mit großer Majorität ab und nahm einstimmig das Gesetz betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über Krankenversicherung der Arbeiter an.

Karlsruhe. (Landtag.) Ministerialdirektor Eisenlohr erklärt gelegentlich der Debatte über die Weinfälschung, daß beim Bundesrath ein Gesetz in Vorbereitung sei bezüglich der Präzisirung erlaubter und strafbarer Manipulationen bei der Weinverbesserung.

New-York. In einem Bergwerke, acht Meilen von Connel Sville (Pensylvanien), fand eine Explosion statt, während 75 Arbeiter in den Gruben waren. Bisher sind 12 Personen gerettet, aber die Mehrzahl derselben ist sehr schwer verletzt. Neunundzwanzig Leichen wurden aufgefunden.

Berlin, 22. Febr., Mittags. Aus Newyork wird mitgetheilt, daß weitere Nachrichten über den Tornado in den Südstaaten die gestrigen Meldungen vollständig bestätigten. Die heimgesuchten Distrikte wären gänzlich verwüstet, einige kleine Städte in Trümmer gelegt, viele Personen durch einstürzende Häuser und herumfliegende Mauerstücke getödtet, andere durch den Sturm aufgehoben und zerschmettert worden. Das Journal „Sun" schätzt die Zahl der Verunglückten auf dreihundert bis vierhundert, und die zerstörten Gebäude auf fünftausend; den Gesammtschaden aber auf eine Million Dollars.

Die Engländer in Egypten.

Ein besonderes Interesse heftet sich augenblicklich an die Person Gordon's. Er ist am 18. Morgens in Khartum angekommen und, wie der „Times" gemeldet wird, von der Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen worden. Tausende drängten sich heran, um seine Hände und Füße zu küssen und begrüßten ihn als den „Sultan des Sudans". Seine Ansprache an das Volk wurde mit Begeisterung aufgenommen. Er sagte: „Ich komme ohne Soldaten, aber mit Gott auf meiner Seite, um den Uebeln des Sudans abzuhelfen. Ich werde mit keinen Waffen, sondern mit Gerechtigkeit kämpfen. Es soll keine Baschibozuks mehr geben." Es wird jetzt, so lautet der Bericht der „Times" weiter, geglaubt, daß er die Bahr-Gazelle-Garnisonen entsetzen wird, ohne einen Schuß abzufeuern. Seitdem die Bevölkerung gehört, daß er kommt, hat sich der Aspekt so verändert, daß keine Ruhestörungen mehr in der Stadt befürchtet werden. Die Leute sagen, daß er ihnen mehr gebe als selbst der Mahdi geben könnte. Er versendet Proklamationen nach allen Richtungen. So groß ist der Einfluß eines einzigen Mannes, daß nicht länger mehr irgend welche Befürchtungen für die Garnison oder die Bevölkerung von Khartum gehegt werden.

Der Glanz, welchen dieser Bericht um die Person Gordon's verbreitet, trübt sich freilich bedeutend, wenn man bedenkt, daß der Enthusiasmus der Sudanesen für ihn wesentlich durch die Freigebung des Sklavenhandels verursacht ist. Ueber die betreffende Stelle in Gordon's Proklamation liegt folgende Depesche des „Reuter'schen Bureau's" vor:

Kairo, 21. Februar. Die vom General Gordon in Betreff des Sklavenhandels erlassene Proklamation lautet: Ich wünsche Euch Glück und Ruhe wiederzugeben. Ich weiß, daß durch die Unterdrückung des Sklavenhandels, welcher vertragsmäßig unter Androhung schwerer Strafen verboten wurde, Euer Unmuth erregt ist, und habe deshalb bestimmt, daß der Sklavenhandel wieder gestattet werde. Ich habe die öffentlichen Ausrufer anweisen lassen, diese Verfügung zu verkündigen. Ein jeder, der Dienstboten besitzt, kann diese als sein Eigenthum betrachten und verkaufen!

Das ist denn doch ein sehr seltsamer Wortlaut, denn dadurch würde nicht nur einfach der Sklavenhandel wieder gestattet, sondern es würden friedlich im Lande lebende Leute, welche gar keine Sklaven sind, mit einem Federstriche zu solchen gemacht werden. Die regierungsfreundliche englische Presse giebt sich denn auch erdenkliche Mühe, Gordon's Handlungsweise zu rechtfertigen. Er kennt das Land und weiß allein am besten, was er zu thun hat, äußert sich die „Pall Mall Gazette", stört ihn nicht durch unzeitige Kritik. Auf dem Institut der Sklaverei beruht das ganze Leben im Sudan, und da Gordon ja berufen ist, den Sudan sich selbst wiederzugeben, so muß er sich nach sudanischen, nicht nach europäischen Ideen richten. Schon 1877 als Generalgouverneur des Sudan habe Gordon erklärt, die Unterdrückung des Sklavenhandels im Lande selbst sei unmöglich, man müsse an der Grenze den Export der Sklaven hindern, das würde dem Geschäfte den Lebensnerv ertödten. Gewaltsame Unterdrückung an Ort und Stelle würde nur das Loos der Sklaven verschlimmern, ohne dem Institute selbst ans Leben zu kommen. Damals war Gordon Herr des Landes, heute, so schließt das erwähnte Blatt, hat er auch nicht den Schatten der Macht von damals. Die „Times" äußert sich folgendermaßen:

Was die Sklavereifrage anlangt, so ist Niemand aufrichtiger und gründlicher in seiner Verabscheuung des Sklavenhandels als General Gordon, aber Niemand ist bereiter, Thatsachen anzuerkennen und dieselben, unbekümmert um rein sentimentale Rücksichten, praktisch zu verwerthen. Er hat stets behauptet, daß es unmöglich sei, den Handel durch Operationen im Sudan zu unterdrücken. Nachdem England beschlossen, den Sudan aufzugeben, begnügte General Gordon sich mit der Räthlichkeit, den Einwohnern desselben Selbstregierung zu gestatten. Dieses Zugeständniß involvirte eine Fortdauer des Sklavenhandels und jedwede Entrüstung darüber ist demnach jetzt unzeitig. General Gordon proklamirt nur offen, was, wie Jedermann weiß, die unvermeidliche Folge unserer Politik ist. Wenn der General durch irgend ein Opfer die Sklaverei abschaffen könnte, würde er dies sicher thun. Er ist intelligent genug, die Nothwendigkeit als ein Zugeständniß erscheinen zu lassen, wodurch er die Hauptursache des Erfolges des Mahdi's schwächt und seinen zweiten Zweck, die Pazifikation des Sudans, sichern hilft".

Die „Pacifikation des Sudans", wie England sie auffaßt, besteht also mit dürren Worten gesagt, darin, daß es, damit ihm seine Zirkel am Suezkanal nicht zerstört werden, die Civilisation feierlichst über die Grenzen des Sudan zurückzieht und durch ein besonderes Dokument die Barbarei wieder in ihre Rechte einsetzt, eine Leistung, um welche England von keiner Seite beneidet werden wird.

Die „Egyptian Gazette" meldet, Lord Wolseley dirigire von London aus die Details der Expedition für den Entsatz von Tokkar. Den Instruktionen des Generals zufolge sollen die Operationen nicht mehr als drei Wochen in Anspruch nehmen, innerhalb welcher Frist die Truppen in Kairo zurück sein sollen.

Zwei englische Infanterie-Regimenter und zwei von englischen Offizieren befehligte egyptische Bataillone werden nach Assuan abgeschickt. (Nat.-Ztg.)

Vom sächsischen Landtage.

In der Donnerstagssitzung setzte die **Zweite Kammer** die Berathung des Etats der Staatseisenbahnen fort. Abg. Dr. **Straumer** entrollt einen Wunschzettel von respektabler Länge. er bittet, eine etwaige Beschränkung der Fälle, in denen die Generaldirektion freie Fahrt gewährt, nicht auch auf die Schulen auszudehnen. Weiter plaidirt er für Errichtung von Rauchkoupees in den Wagen 3. Klasse. Um den Kohlenbau im Lugau-Oelsnitzer Becken zu heben, wünscht er möglichste Erleichterung der Verkehrsverhältnisse von den dortigen Werken nach Riesa. Ferner will er im Interesse der Reisenden den Besuch der Bahnhöfe von Seiten des einheimischen Publikums beschränkt wissen und verwendet sich schließlich noch für eine bessere Verbindung zwischen Chemnitz und Stollberg. Nachdem Abg. Knechtel für einen besseren Anschluß der Muldenthalbahn in Glauchau plaidirt, zollt Abg. Schreck der kgl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, mit deren Verwaltung man im ganzen Lande zufrieden sei, volle Anerkennung. Das segenreiche Wirken derselben zeige sich namentlich in dem engen Zusammenhalten und der Berufsfreudigkeit der Eisenbahnbeamten, doch würde sich dasselbe noch weiter entfalten können, wenn man der Direktion eine größere Selbständigkeit vom Finanzministerium einräumen wollte. Eine Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse der Arbeiter sei dringend geboten. Weiter macht er darauf aufmerksam, wie gefährlich es wäre, wenn die Kondukteure auf den sächsischen Bahnen die Billets während der Fahrt kontrolirten und wünscht, daß man bei Bahnbauten das Expropriationsverfahren dahin abändere, daß man den Eigenthümern bei der Taxation ebenfalls eine Stimme zuerkenne. Finanzminister v. **Könneritz** entgegnet ihm, daß dies bereits in der Praxis so gehandhabt würde, indem die betreffenden Sachverständigen von dem Bezirksausschusse gewählt würden. Das Koupiren der Billets während der Fahrt sei nur durch in den Verkehr tief einschneidende Neueinrichtungen zu vermeiden. Dem Abg. Dr. Straumer gegenüber konstatirt er, daß eine Verkürzung der an Schulkinder gewährten Fahrvergünstigungen nie in Frage gekommen sei. Die übrigen Wünsche desselben werde er in Erwägung ziehen. Abg. **Uhlmann** beklagt sich darüber, daß auch auf der Strecke Stollberg-Chemnitz der Verkehr ein so langsamer sei, daß man oft in Versuchung käme, auszusteigen und den Zug weiter zu schieben und bittet die Regierung, die Einführung von Arbeiterzügen oder wenigstens Arbeiterbillets in Erwägung zu ziehen. Abg. v. **Vollmar** ergeht sich hierauf in einstündiger Rede über das von der Eisenbahnverwaltung den Beamten und Arbeitern gegenüber verfolgte System. Die hohen Einnahmen der Staatseisenbahnen, die für die Steuerzahler allerdings etwas Verlockendes haben möchten, gründeten sich nur auf die schlechten Lohnzahlungen und die Ausnutzung der Arbeitskräfte. Dies sucht er statistisch nachzuweisen. Abg. **Jungnickel** ersucht die Regierung, auf der Güterstation Grüna eine Haltestation zu errichten. Abg. Liebknecht wünscht, daß künftig neben dem Eisenbahnetat auch ein zu demselben gehöriger Arbeiteretat vorgelegt werde und stellt den Antrag, in Eisenbahnwagen 2. und 3. Klasse das Rauchen zu verbieten und für solche Fahrgäste, die zu rauchen wünschten, Rauchkoupees oder Rauchwagen in genügender Menge einzurichten. Ferner solle man auf allen Strecken für gleichmäßige Heizung der Wagen sorgen. Abg. Uhlmann wendet sich gegen diesen Antrag und gegen die vom Abg. v. Vollmar befürwortete Erhöhung der Arbeitslöhne. Man wirthschafte aus fremdem Geldbeutel und werde sich schwerlich den Beifall der Steuerzahler verdienen, wenn man über das Maß hinaus freigebig sei. Dagegen möchte die Regierung freigebig in der Erfüllung der auf Errichtung von Haltestellen zielenden Wünsche sein. Finanzminister v. **Könneritz** verspricht, alle diese Wünsche in Erwägung zu ziehen. Gegen den Abg. v. Vollmar gewendet, meint er, es wäre wünschenswerth gewesen, daß dieser auch Vergleiche angestellt hätte zwischen den von dem Staate und den von Privaten gezahlten Löhnen; erstere wären anerkanntermaßen stets um etwas höher bemessen. Wenn in letzter Zeit hier und da Beamtenstellen eingezogen worden seien, so beruhe dies lediglich auf veränderten Betriebsverhältnissen. Trotzdem sei aber die Stellenzahl an den Sächsischen Staatsbahnen in den letzten Jahren stetig gewachsen, und die Zahl der Beamten und Arbeiter sei höher, ebenso die Lohnverhältnisse besser als in allen angrenzenden Ländern. So wurden z. B. in Preußen auf 100,000 M. Brutto-Einnahme 27,000 M., in Sachsen dagegen 32,800 M. an Beamte und Arbeiter gezahlt. Abg. v. Vollmar habe aber, obgleich er heute bemüht gewesen, objektiv zu sein, doch etwas zu schwarz gemalt. Abg. Grahl verwendet sich für eine von den sächsischen Bahnmeistern eingereichte Petition um Aufbesserung ihres Gehalts und wünscht, daß man den eisernen Oberbau (Ersetzung der hölzernen Schwellen durch eiserne) einführen möge, wodurch man bedeutende Ersparnisse machen werde. Finanzminister von Könneritz verspricht, diese Frage in Erwägung ziehen zu wollen. Der Konsequenzen wegen habe er zwar seine Bedenken, den Gehalt einer Beamtenkategorie aufzubessern, doch werde er die Petition der Bahnmeister im Auge behalten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Majorität angenommen. Nach dem Schluß-Referat des Abg. Kirbach bewilligt die Kammer die Einnahmen der Staatseisenbahnen mit 66,035,110 Mark und die Ausgaben mit 38,877,297 Mark und beschließt die gegen die Herabsetzung des Gütertarifs eingegangenen Petitionen auf sich beruhen zu lassen. Eine weitere Petition des Vereins für bergbauliche Interessen im östlichen erzgebirgischen Steinkohlenbaurevier um Herabsetzung der Zechenbahnfrachtsätze sämmtlicher Lugauer Werke wird der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben, ebenso die bereits erwähnte Petition der sächsischen Bahnmeister. Die Petitionen der Oberschaffner, Schaffner und Wagenwärter um Gehaltsaufbesserung werden der Regierung nur insoweit zur Kenntniß übergeben, als sie die Schaffner 2. Klasse betreffen, im Uebrigen bleiben sie auf sich beruhen, wie auch die Petition sämmtlicher Bremser in Chemnitz um eine kleine Gehaltszulage. Die Berathung über den Werkstättenbetriebs-Etat wird, nachdem die Sitzung bereits 4¼ Stunden gedauert, von der Tagesordnung abgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Unter den jüngsten Zeitbegebenheiten löst sich als eine der beachtenswerthesten der schon gemeldete Besuch des russischen Militärbevollmächtigten am Berliner Hofe, des Fürsten **Dolgorucki**, beim Reichskanzler in Friedrichsruh ab. Als spezieller Zweck dieses Besuches wird die Zurückziehung der an der polnisch-preußischen Grenze in den letzten Jahren angehäuften russischen Truppenmassen bezeichnet, denen eine entsprechende Rückwärtsbewegung der an den deutschen Ostgrenzen ebenfalls dichter zusammengezogenen deutschen Truppentheile folgen würde. Da mit Fürst Dolgorucki gleichzeitig auch der preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf in Friedrichsruh weilte, so erscheint diese Version nicht unglaubwürdig und darf man von den Besprechungen der beiden Militärs wohl die baldige Ausführung der genannten Maßregel erwarten. Die Bedeutung der Anwesenheit des Fürsten Dolgorucki beim leitenden Staatsmanne Deutschlands ist indessen noch eine tiefergehende. Rußland zeigt hierdurch wiederum, wie durch die vorhergegangenen Missionen des Herrn v. Giers in Friedrichsruh und die Berufung des Fürsten Orlow auf den Berliner Botschafterposten, daß es aufrichtig bestrebt ist, sich mit Deutschland wieder in das alte freundschaftliche Einvernehmen zu